

Die Budgetkommission über das wirtschaftliche Leben.

✶ Berlin, 14. Juni. (Telegr.) In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses stellte der Berichterstatter Abg. Hirsch (Cen.) fest, daß unser Wirtschaftsleben, wenn auch mit gewissen Schwankungen und Unregelmäßigkeiten, trotz des Krieges und der Opfer, die er dem einzelnen auferlegt habe, seinen Gang weitergehe; nicht glänzend, denn wir lebten ja nicht in einer Hochkonjunktur, aber doch so, daß, wenn es gelinge, den heutigen Stand der Dinge beizubehalten, wir überzeugt sein könnten, wirtschaftlich durchzuhalten, solange auch der Krieg dauern möge.

Der Berichterstatter verwies weiter darauf, daß die möglichst umfassende Aufrechterhaltung der gewerblichen Tätigkeit das Korrelat bilde zu dem Durchhalten und zu den Erfolgen unserer Truppen im Felde, daß die Aufrechterhaltung gewisser Betriebe — vornehmlich des Kohlenbergbaues, der Eisenindustrie, der Sprengstoffindustrie, aber auch anderer Industriezweige — geradezu die Voraussetzung bilde für die Erzielung und Ausnutzung militärischer Erfolge. Diesem engen Zusammenhänge, diesen heute wohl allseitig anerkannten Wechselbeziehungen zwischen militärischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, müsse bei allen Maßnahmen, welche die Gewerbetätigkeit zu berühren geeignet seien, soweit irgend angängig Rechnung getragen werden. Unter den Maßnahmen, die hier in Betracht kommen, erwähnte der Berichterstatter unter andern: die Belassung derjenigen Arbeiter und Beamten, die zur Aufrechterhaltung der Betriebe notwendig sind, vor allem natürlich derjenigen Betriebe, mit deren Aufrechterhaltung unsere militärischen Erfolge und unser militärisches Durchhalten in engster Verbindung stehen, darüber hinaus aber auch derjenigen Betriebe, die überhaupt für militärische Zwecke liefern, und soweit möglich auch solcher Betriebe, die unserer Bevölkerung hinter der Front Lohn und Brot schaffen. Selbstverständlich dürfe die Wehrkraft des Reiches hierbei nicht leiden; das sei aber auch bei der reichlichen Fälle von Militärtauglichen, die noch zur Verfügung stehen, nicht zu befürchten. Der Berichterstatter erörterte unter diesen Gesichtspunkten eingehend insbesondere die Verhältnisse im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie und richtete an den Minister für Handel und Gewerbe die Bitte, im Kriegsministerium nachdrücklich auf den untrennbaren

Zusammenhang zwischen militärischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

hinzuweisen und auch hervorzuheben, daß aus den ange deuteten Rücksichten heraus auch eine zu weitgehende Einziehung von mittlern und leitenden Beamten nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Weiter wies der Berichterstatter auf die Bedeutung hin, die eine möglichst umfassende Aufrechterhaltung der Betriebe und ihrer Leistungsfähigkeit auch für die Zeit nach dem Kriege habe. Man solle deswegen die

Ausfuhr nach den neutralen Ländern

soweit nicht die Gefahr einer indirekten Unterstützung unserer Feinde vorliege, nach Möglichkeit aufrecht erhalten und nicht etwa hindern. Wo die infolge des Krieges notwendig gewordene Umstellung unserer Wirtschaft reformatorische Maßnahmen erforderlich mache, solle man die sachverständigen Vertretungen unserer Erwerbsstände in ausreichendem Maße heranziehen. Man solle auch in dieser oder jener Richtung schon jetzt Maßnahmen für die Zeit nach dem Kriege vorbereiten, insbesondere Maßnahmen handels- oder verkehrstechnischer Art, wie Vermehrung der Transportgefäße zu Lande und zu Wasser, Bureaukratische Ein-

griffe solle man vermeiden, ebenso polizeiliche Reglementierungen, wo sie nicht unbedingt notwendig seien. Der Berichterstatter erörterte sodann die Lage der einzelnen Industriezweige und die Maßnahmen, die getroffen werden könnten, um die Erzeugung von Waren, beispielsweise die Förderung von Kohlen und Erzen weiter zu heben. Er besprach die Entwicklung der Lohnverhältnisse, sodann die Frage der Ausfuhrbewilligungen, ferner die Frage der Kriegslieferungen, die Flugzeugfabrikation u. a. m.

Der Minister für Handel und Gewerbe wie auch die Kommission selbst traten den Ausführungen des Berichterstatters in allen Hauptpunkten bei. Insbesondere wurden die Darlegungen, die sich auf das erspriessliche

Zusammenarbeiten von Zechenverwaltungen und Bergarbeiterschaft

bezogen, allseitig begrüßt. Die Bereitwilligkeit der Belegschaften, durch Verfahren von Über- und Nebenschichten die Deckung des Kohlenbedarfs im väterländischen Interesse sicherstellen, wurde allseitig anerkannt. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen den guten Willen der Arbeiter und ihre Mehrleistung auch dadurch zu belohnen, daß ihnen eine als Kriegszulage zu bezeichnende vorübergehende besondere Entschädigung gewährt werde. Angeregt wurde ferner, daß die Frage der Überstunden und der Entlohnung möglichst durch ein Einigungsamt unter Beteiligung von Vertretern der Arbeiter geregelt werden sollte. Demgegenüber wurde auf Bedenken hingewiesen, die der Gewährung einer festen Kriegszulage entgegenstehen; die Löhne hätten schon gegen die Zeit vor dem Kriege eine Steigerung erfahren und seien in weitem Ansteigen begriffen. Gegenüber dem Vorschlag, ein Einigungsamt für die Zeit während des Krieges einzurichten, wurde hervorgehoben, daß die sachlichen Wünsche und Beschwerden der Bergarbeiter bereits in den Arbeitersausschüssen zur Sprache gebracht werden könnten und in ausgiebiger Weise gebracht worden seien. Dem wurde wieder entgegengehalten, daß die Arbeiterorganisationen durch ihr Verhalten während des Krieges ihre Zuverlässigkeit bewiesen hätten. Der Handelsminister erklärte: Die Staatsregierung sei ständig darauf bedacht gewesen, dem Bergbau die für die Aufrechterhaltung und Steigerung der Förderung notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten. Gegenwärtig betrage die

Förderung im Steinkohlenbergbau

etwa 70 Prozent und im Braunkohlenbergbau mehr als 90 Prozent der Friedensleistung. In der Beurteilung der sonstigen Maßnahmen zur Verstärkung der Kohlenförderung sei dem Berichterstatter zuzugeben, daß die Frage der Übersichten nicht mit der Frage der Lohnsteigerung zu verquiden sei. Die Vermehrung der Übersichten finde an der Leistungsfähigkeit der Arbeiter ihr natürliche Grenze. Es sei anzuerkennen, daß sich die Arbeiter bisher bereitwillig dem Verfahren von Übersichten unterzogen hätten, wie auch von den Arbeiterorganisationen die Notwendigkeit der Übersichten anerkannt worden sei. Es stehe zu hoffen, daß sich die Bergwerksbesitzer weiterhin mit den Arbeitersausschüssen über die Einlegung von Übersichten in dem erforderlichen Umfang verständigen würden. Die Löhne seien im letzten Quartal, wie die amtliche Statistik ergebe, gestiegen und würden, wie mit Sicherheit angenommen werden dürfte, weiter steigen. Die Notwendigkeit einer Lohnaufbesserung sei mit Rücksicht auf die Steigerung aller Wirtschaftskosten, durch die sich die Kosten eines Bergarbeiterhaushalts im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier um etwa 25 Prozent erhöht hätten, unbedingt zuzugeben. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß sich die Rentabilität des Bergbaues während des Krieges nicht wie bei den Kriegsindustrien im eigentlichen Sinne erhöht habe, sondern hauptsächlich infolge Gleichbleibens der Generalunkosten bei eingeschränkter Förderung erheblich herabgegangen sei. Dies ergäben sowohl die vom Privatbergbau bekannt gewordenen Zahlen, als auch die Abschüsse der staatlichen Steinkohlenbergwerke, die sehr erhebliche Ausfälle gegenüber dem Etatsoll und gegenüber den Ergebnissen des Vorjahres aufwiesen. In der

Frage der Einigungsämter

hätten sich bei den Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen grundsätzliche Bedenken hinsichtlich der vorgeschlagenen Art der Zusammenfassung ergeben. Der Wunsch der Gewerkschaftsführer, mit den Vertretern der Arbeitgeber oder ihrer Organisationen überhaupt zu Verhandlungen zusammenzukommen, sei zu deren Kenntnis gebracht worden. Da sich das gewünschte Ziel nicht hätte erreichen lassen, sei Anordnung an die Bergbehörden ergangen, bei vorkommenden Streitigkeiten vermittelnd einzugreifen, und zwar auch dann, wenn die Anrufung von einer Seite erfolge. Durch Verhandlungen der Bergrevierbeamten mit beiden Teilen sei es schon mehrfach gelungen, drohende Differenzen beizulegen, und es sei zu hoffen, daß sich auf diesem Wege auch künftig Streitigkeiten vermeiden lassen.

Über die Frauen des